

Rekapitulativ der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (1995-1999)

Legende: Rekapitulativ der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von 1995 bis 1999.

Quelle: CVCE.

Urheberrecht: (c) CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rekapitulativ_der_schlussfolgerungen_des_europaischen_rat_es_1995_1999-de-b5746f8a-94a8-4701-a593-7cod578e5859.html

Publication date: 08/08/2016



Tagungen des Europäischen Rates von 1995 bis 2004

Ort und Datum	Grundsätze und institutionelle Fragen	Gemeinschaftspolitiken	Haushalt und Finanzen der EU	GASP und Außenbeziehungen	Justiz und Inneres	Verschiedenes
CANNES 26. und 27. Juni 1995	Rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern Vorbereitung der RK 1996	Beschäftigung WWU Erneuerung des MEDIA-Programms Überarbeitung der Richtlinie "Fernsehen ohne Grenzen"	Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft	Mittel- und Osteuropa Malta und Zypern Lage im ehemaligen Jugoslawien (Erklärung) Ostseeregion Slowenien Mittelmeer Russland Vereinigte Staaten Japan Kanada Südafrika Lateinamerika Erklärung anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen Antipersonenminen OAU Erklärung zu Burundi Vertrag über das Verbot sämtlicher Kernwaffentests Iran WTO Finanzielle Zusammenarbeit mit den MOEL und den Mittelmeerländern 8. EEF AKP	Europol Übereinkommen über den Einsatz der Informationstechnologien im Zollbereich Übereinkommen über das "Europäische Informationssystem" Übereinkommen über das vereinfachte Auslieferungsv erfahren Übereinkommen über die Personenkontrolle beim Überschreiten der Außengrenzen Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Drogenbekämpfung	sprachliche Vielfalt
MADRID 15. und 16. Dezember	Subsidiarität Bürgernahe Politiken Vereinfachung	WWU Grundzüge der Wirtschaftspolitik Beschäftigung	Betrügerische Praktiken und Schutz der	Ehemaliges Jugoslawien Ehemalige jugoslawische	Terrorismus Drogen und organisierte Kriminalität	Politische Agenda Europas

1995	g der Rechts- und Verwaltungsvorschriften Erweiterung Regierungskonferenz	Binnenmarkt KMU Umwelt Landwirtschaft Fischerei	finanziellen Interessen	Republik Mazedonien Slowenien Ostsee Russland TACIS Ukraine Türkei Zypern Sicherheit OSZE Andorra Transatlantische Beziehungen Mittelmeer Nahe Osten Iran Lateinamerika Abkommen von Lomé Afrika Asien Vereinte Nationen	Justizielle Zusammenarbeit Einwanderung und Asyl Außengrenzen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	
FLORENZ 21. und 22. Juni 1996	Subsidiarität RK Erweiterung	Beschäftigung und Wachstum WWU Bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE)		Türkei Nahe Osten Mittelmeer Regionale Zusammenarbeit in Europa Lateinamerika und Karibik Beziehungen EU-USA Asien Afrika Sicherheit WTO Erklärung zum ehemaligen Jugoslawien Erklärung zum Friedensprozess im Nahe Osten Erklärung zu Russland	Europol Kampf gegen Drogen und das organisierte Verbrechen Außenbeziehungen Auslieferung Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	
DUBLIN 13. und 14. Dezember 1996	Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit RK Erweiterung Sitz von	WWU Beschäftigung	SEM 2000 (effizientes Finanzmanagement)	Russland Ukraine Weißrussland Europarat Regionale Zusammenarbeit in Europa	Kampf gegen Drogen Kampf gegen organisierte Kriminalität Sexuelle Ausbeutung	

	Ämtern und Agenturen			Mittelmeer Türkei Beziehungen EU-Vereinigte Staaten Beziehungen EU-Kanada Große Seen Ost-Timor Kuba Übergang von Hong-Kong und Macau an China WTO	von Kindern und Menschenhandel Kampf gegen Terrorismus Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Außengrenzen	
AMSTERDAM 16. und 17. Juni 1997	RK Erweiterung	WWU Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum Umwelt		Handelsfragen Beziehungen EU-Vereinigte Staaten Mittelmeer Russland Südafrika Friedensprozess im Nahen Osten Ehemaliges Jugoslawien Albanien Kongo Hong-Kong und Macau EU-Gipfeltreffen mit Lateinamerika, der Karibik und Afrika Kontrolle von Rüstungsausfuhren	Kampf gegen Drogen und organisierte Kriminalität Korruption Asyl und Einwanderung Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	
LUXEMBURG 20. und 21. November 1997 Sondertagung des Rates über Beschäftigungsfragen		Günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen Koordinierte Strategie für die nationalen Beschäftigungspolitiken - ein innovativer Ansatz - "Leitlinien" für 1998 Die Gemeinschaftspolitiken im Dienste				

		<p>der Beschäftigung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Binnenmarkt, <p>Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuerwesen - Forschung und Innovation - Große Netze - Strukturfonds - <p>Wissensgesellschaft</p> <p>Neue Initiativen mit spezifischer Ausrichtung auf die Beschäftigungsförderung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aktionsplan der Europäischen Investitionsbank - eine "Europäische Beschäftigungsinitiative" 				
LUXEMBURG	Erweiterung Agenda 2000	<p>GAP</p> <p>WWU</p> <p>Beschäftigung</p> <p>Binnenmarkt</p> <p>Klimaänderungen</p> <p>Lebensmittelsicherheit</p> <p>Gesundheit</p>		<p>Eine europäische Strategie für die Türkei</p> <p>WTO: Finanzdienstleistungen</p> <p>Regionale Zusammenarbeit in Europa</p> <p>Erklärung zum 50. Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte</p> <p>Friedensprozess im Nahen Osten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Palästina <p>kurzfristige Maßnahmen</p> <p>mittelfristiger Rahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Syrien und Libanon - Zusammenarbeit mit 	<p>Übereinkommen über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen</p> <p>Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Ehesachen</p> <p>Organisierte Kriminalität</p> <p>Europol</p>	<p>EDV-Probleme mit der Datumsstellung auf das Jahr 2000</p> <p>Europa-Konferenz:</p> <p>Fragen von allgemeinem Interesse</p> <ul style="list-style-type: none"> - GASP - Justiz und Inneres - andere Bereiche von

				den Vereinigten Staaten und anderen Parteien	Drogenbekämpfung Einwanderung Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Schengen-Besitzstand	gemeinsamem Interesse (Wirtschaft, regionale Zusammenarbeit)
CARDIFF 15. und 16. Juni 1998	Eine bürgernahe Union Offenheit Anwendung des Amsterdamer Vertrags Agenda 2000 Erweiterung	WWU Wachstum und Beschäftigung Umwelt Reform der GAP Reform der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds	Künftiger Finanzrahmen			
WIEN 11. und 12. Dezember 1998	Menschenrechte Reform der Politiken und Institutionen der Union Erweiterung Agenda 2000 Subsidiarität Verbesserung der Funktionsweise der Organe Vorbereitungen für die Anwendung des Vertrags von Amsterdam	Verbesserung der Sicherheit und der Lebensqualität Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Stabilität - WWU Einführung des Euro Europa als globaler Akteur - nachhaltige Beschäftigung für Europa Auf dem Weg zum europäischen Beschäftigungspakt Ein beschäftigungsfreundliches Umfeld Binnenmarkt Umwelt und nachhaltige Entwicklung	Finanzdienstleistungen	Förderung von Stabilität und Wohlstand in Europa und weltweit Nordirland Schweiz Internationaler Handel /WTO Transatlantische Beziehungen Südafrika Südosteuropa Westbalkan Nordische Dimension Russland Neue unabhängige Staaten Ukraine Europa-Mittelmeer-Partnerschaft Friedensprozess im Nahen Osten Zypern Irak Gebiet der großen Seen Osttimor Macau Hurrikan Mitch	Aktionsplan für den Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts Europäischer Rechtsraum Asyl und Einwanderung Schengen-Besitzstand Europol-Übereinkommen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen Organisierte Kriminalität Drogen und damit zusammenhängende Fragen Außengrenzen Schutz von Kindern	Problem des Datumwechsels beim Übergang zum neuen Jahrtausend Sport
BERLIN	Erklärung zur		Agenda	Erklärung zum		

24. und 25. März 1999 Außerordentliche Tagung	Ernennung des Präsidenten der Kommission Erweiterung		2000: - die neue finanzielle Vorausschau - Eigenmittel und Haushaltsungleichgewichte	Kosovo Nahostfriedensprozess (Erklärung) Südafrika (Erklärung)		
KÖLN 3. und 4. Juni 1999	Personalentscheidungen Charta der Grundrechte der EU Menschenrechte Funktionsweise der Institutionen Regierungskonferenz zu den institutionellen Fragen Erweiterungsprozess			Verschuldung ärmster Länder Gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Kosovo Westbalkan Stabilitätspakt für Südosteuropa Gemeinsame Strategie für Europa Andere gemeinsame Strategien (Ukraine, Mittelmeerraum, Westbalkan) Ukraine Transatlantische Beziehungen Beziehungen Europäische Union/Japan Nahe Osten Europa-Mittelmeer-Partnerschaft Lateinamerika und Karibik Nordische Mission Transkaukasischer Gipfel Osttimor Macau WTO	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	Jahr-2000-Computerproblem
TAMPERE 15. und 16. Dezember 1999				Stärkeres außenpolitisches Handeln	Unionsweite Kriminalitätsbekämpfung - Kriminalitätsve	

					<p>rhütung auf Ebene der Union</p> <ul style="list-style-type: none"> - Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung - Sondermaßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche <p>Gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> - Partnerschaft mit den Herkunftsländern - gemeinsames Europäisches Asylsystem - gerechte Behandlung von Drittstaatsangehörigen - Steuerung der Migrationsströme <p>Ein echter europäischer Rechtsraum</p> <ul style="list-style-type: none"> - besserer Zugang zum Recht in Europa - gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen 	
--	--	--	--	--	--	--

					- größere Konvergenz im Bereich des Zivilrechts	
HELSINKI 10. und 11. Dezember 1999	Erweiterungsprozess Regierungskonferenz zu Fragen der institutionellen Reform Effiziente Organe - Ein effizienter Rat für eine erweiterte Union - Reformleitlinien und Empfehlungen für Maßnahmen Transparenz Subsidiarität und bessere Rechtsetzung Menschenrechte	Koordinierung der Politik zur Herbeiführung von Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen Steuerpaket Beschäftigung Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Informationsgesellschaft Umwelt und nachhaltige Entwicklung Öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	Betrugsbekämpfung	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik Tschetschenien (Erklärungen) Gemeinsame Strategien (Ukraine, Russland, Mittelmeerraum, Westbalkan) Stabilität für Südosteuropa Nordische Dimension Mexiko Nahost-Friedensprozess WTO Macau Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Nordirland	Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Drogenbekämpfung	
LISSABON 23. und 24. März 2000	Regierungskonferenz	Vorbereitung des Übergangs zur einer wettbewerbsfähigen, dynamischen und wissensbasierten Wirtschaft Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells durch Investitionen in die Menschen und Aufbau eines aktiven Sozialstaats Gebiete in		Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik Westbalkan Russland		

		äußerster Randlage				
SANTA MARIA DA FEIRA 19. und 20. Juni 2000	Regierungsko nferenz über die institutionelle Reform Charta der Grundrechte Statut für die Mitglieder des Europäischen Parlaments	Beschäftigung, Wirtschaftsreforme n und sozialer Zusammenhalt - Maßnahmen im Anschluss an den Europäischen Rat von Lissabon Grundzüge der Wirtschaftspolitik Steuerpaket Beitritt Griechenlands zum Euro- Währungsgebiet Gesundheitswesen und Lebensmittelsicher heit Umwelt und nachhaltige Entwicklung Sicherheit auf See Gebiete in äußerster Randlage		Gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik Russland Gemeinsame Strategie für den Mittelmeerraum Nahost- Friedensprozess Westbalkan Nordische Dimension Afrika	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	Sport
NIZZA 7., 8. und 9. Dezember 2000	Charta der Grundrechte Regierungsko nferenz über den Entwurf des Vertrags von Nizza	Europäische Sozialagenda Europäische Beschäftigungsstra tegie Europäische Strategie gegen soziale Ausgrenzung und jegliche Form der Diskriminierung Modernisierung des Sozialschutzes Beteiligung der Arbeitnehmer Entschließung des Rates über einen Aktionsplan zur Förderung der		ESVP: Bericht des Vorsitzes Zypern Mittelmeer Westbalkan Entwicklung von Drittländern Erklärung zum Nahen Osten	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts - Bekämpfung der Geldwäsche - Justizielle und polizeiliche Zusammenarbe it - Asyl und Einwanderung	Vorbereit ung der Frühjahrst agung des Rates (Stockhol m, 23. und 24. März 2001) Erklärung über die besondere n Merkmale des Sports

		<p>Mobilität von Studenten und Lehrkräften</p> <p>Plan "e-Europe"</p> <p>Europäischer Raum der Forschung und der Innovation</p> <p>Koordinierung der Wirtschaftspolitiken</p> <ul style="list-style-type: none"> - Strukturindikatoren - Regulierung der Finanzmärkte - Euro - Steuerpaket <p>Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher</p> <p>Bekämpfung von BSE</p> <p>Sicherheit auf See</p> <p>Umwelt</p> <p>Erklärung zu den gemeinwirtschaftlichen Diensten</p> <p>Versorgungssicherheit der Union bei bestimmten Erzeugnissen</p> <p>Europa der Kultur</p> <p>Gebiete in äußerster Randlage und Inselgebiete</p>				
<p>STOCKHOLM</p> <p>23. und 24. März 2001</p>		<p>Vollbeschäftigung in einer wettbewerbsfähigen Union</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftslage - die demographische Herausforderung <p>Beschäftigung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildung, Ausbildung und 		<p>Russland</p> <p>WTO</p> <p>Nahost-Friedensprozess</p> <p>Westlicher Balkan</p> <p>Koreanische Halbinsel</p> <p>Erklärung zur Lage in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien</p>		

		<p>Höherqualifizierung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mobilität von Arbeitnehmern auf neuen offenen europäischen Arbeitsmärkten <p>Beschleunigung der Wirtschaftsreform</p> <ul style="list-style-type: none"> - Binnenmarkt - <p>Finanzdienstleistungen und Risikokapital (Entschließung über eine wirksamere Regulierung der Wertpapiermärkte)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderung eines effektiven Wettbewerbs - Steuerfragen - Förderung der unternehmerischen Initiative <p>Modernisierung des Europäischen Sozialmodells</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze - Förderung der sozialen Eingliederung - Rolle der Sozialpartner bei der Gestaltung des Wandels - Soziale Verantwortung der Unternehmen - sichere und nachhaltige soziale Sicherungssystem 				
--	--	--	--	--	--	--

		<p>e</p> <p>Nutzung der neuen Technologien:</p> <ul style="list-style-type: none"> - eEurope - Forschung und Innovation - Biotechnologien <p>Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik</p> <p>Bericht über den Beitrag der öffentlichen Haushalte zu Wachstum und Beschäftigung</p> <p>Lage im Agrarsektor</p> <ul style="list-style-type: none"> - BSE und Maul- und Klauenseuche - <p>Lebensmittelsicherheit</p> <p>Erklärung über Klimaänderung</p>				
GÖTEBOR G 15. und 16. Juni 2001	Erweiterung Modernisierung der Institutionen Sitz verschiedener Institutionen	<p>Strategie für nachhaltige Entwicklung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitiken - die globale Dimension - Bekämpfung der Klimaänderungen - Gewährleistung der Nachhaltigkeit im Verkehrssektor - Öffentliche Gesundheit - - Verantwortungsvo - ller Umgang mit natürlichen Ressourcen - Vollbeschäftigung 	Anpassung des Haushaltsve rfahrens sowie die Ausführung und die Kontrolle des Haushalts an moderne Standards	Europakonferenz Zusammenarbeit mit der Ukraine ESVP: - Konfliktverhütung und Krisenbewältigung - ständige politische und militärische Strukturen - dauerhafte Beziehung mit der NATO WTO Beziehungen zwischen der EU und den USA Beziehunge zwischen der EU und Kanada EU-Russland Nördliche Dimension	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	

		<p>und Qualität der Arbeit in einer wettbewerbsfähigen Union:</p> <ul style="list-style-type: none"> - allgemeine wirtschaftliche Aussichten und Grundzüge der Wirtschaftspolitik - Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer - Steuerpaket - Telekommunikations-Paket - Einheitlicher europäischer Luftraum - Gemeinschaftspatent - Alterung der Bevölkerung - Regionen in äußerster Randlage 		<p>Westlicher Balkan Naher Osten Algerien Osttimor Koreanische Halbinsel Erklärung über die Verhinderung der Verbreitung ballistischer Raketen Erklärung zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien</p>		
BRÜSSEL	21. September 2001	Verlangsamung des Wirtschaftswachstums		<p>Solidarität und Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten - Engagement der Union in der Welt - Verhütung und Stabilisierung der regionalen Konflikte</p>	<p>Europäische Politik zur Bekämpfung des Terrorismus:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Intensivierung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit - Weiterentwicklung der internationalen Rechtsinstrumente - Verhinderung der 	

					Finanzierung des Terrorismus - Verstärkung der Folgsicherheit - Koordinierung der Gesamttaktion der Europäischen Union	
LAEKEN 14. und 15. Dezember 2001	Erweiterung Erklärung von Laeken zur Zukunft der Union Einberufung eines Konvents zur Zukunft Europas	Übergang zum Euro Wirtschaftliche und soziale Lage und nachhaltige Entwicklung - allgemeine Wirtschaftslage und Aussichten - Lissabon-Strategie - Beschäftigung - Konkretisierung des europäischen Sozialmodells - Forschung und Entwicklung - Nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität - Alpenverkehr - nukleare Sicherheit	Ratifizierung des neuen Beschlusses über die Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften	ESVP (Erklärung zur Einsatzbereitschaft auf dem Gebiet der ESVP) Maßnahmen der Union in Afghanistan Westlicher Balkan Afrika Russland Entwicklungszusammenarbeit	Terrorismusbekämpfung Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: - Asyl und Einwanderung - Kontrolle der Außengrenzen - Eurojust und justizielle und polizeiliche in Strafsachen - Bekämpfung des Drogenhandels - Harmonisierung von Rechtsvorschriften, gegenseitige Anerkennung von gerichtlichen Entscheidungen und europäischer Haftbefehl	
BARCELONA 15. und 16. März 2002	Konvent zur Zukunft Europas Reform des Rates der	Grundzüge der Wirtschaftspolitik: - Koordinierung der Wirtschaftspolitik		Finanzielle Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer Nördliche Dimension Maßnahmen der USA		

	Europäischen Union (Bericht) Ratifizierung des Vertrags von Nizza	<ul style="list-style-type: none"> - Strategie für nachhaltige Entwicklung - Unternehmergeist und Wettbewerbsfähigkeit - Sozialagenda Vollbeschäftigung: <ul style="list-style-type: none"> - verstärkte Beschäftigungsstrategie - Förderung der Qualifikationen und der Mobilität in der Europäischen Union Wirtschaftliche Verflechtung in Europa: <ul style="list-style-type: none"> - Finanzmärkte - Integration der europäischen Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze - öffentliche Dienste von hoher Qualität Wettbewerbsfähige, wissensbasierte Gesellschaft: <ul style="list-style-type: none"> - Bildung - Forschung und Spitzentechnologien 	<ul style="list-style-type: none"> im Stahlsektor/WTO Gibraltar Westlicher Balkan Serbien und Montenegro Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien Naher Osten (Erklärung von Barcelona) Simbabwe Angola Demokratische Republik Kongo Nigeria 		
SEVILLA 21. und 22. Juni 2002	Bericht des Vorsitzenden des Konvents zur Zukunft der Union Reform des Rates:	<ul style="list-style-type: none"> Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit für Vollbeschäftigung: - Die 	ESVP (Entwurf einer Erklärung des Europäischen Rates über den Beitrag der GASP, einschließlich der ESVP, zur Bekämpfung des	Asyl und Immigration: <ul style="list-style-type: none"> - Bekämpfung der illegalen Einwanderung - koordinierter und integrierter 	

	<ul style="list-style-type: none"> - Regeln für die Organisation der Beratungen des Rates - Maßnahmen betreffend die Struktur und die Arbeitsweise des Rates Vertrag von Nizza - Nationale Erklärung Irlands - Erklärung des Europäischen Rates Bessere Rechtsetzung Erweiterung 	<p>wirtschaftlichen Perspektiven und die Grundzüge der Wirtschaftspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> - Finanzdienstleistungen - Energiebesteuerung - Steuerpaket - Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung - Unternehmensleitung und -kontrolle (Corporate Governance) - Wirtschaftskontrolle, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit - Gebiete in äußerster Randlage 		<p>Terrorismus)</p> <p>Johannesburg</p> <p>Kaliningrad</p> <p>Naher Osten (Erklärung)</p> <p>Indien-Pakistan (Erklärung)</p>	<p>Schutz der Außengrenzen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einbeziehung der Einwanderungspolitik in die Beziehungen mit Drittländern - Festlegung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik 	
BRÜSSEL 24. und 25. Oktober 2002	<p>Konvent zur Zukunft Europas</p> <p>Erweiterung Institutionelle Fragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Übergangsregelungen - Stimmengewichtung im Rat und Schwelle für die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit - 		<p>Haushalts- und Finanzfragen (2004-2006):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Direktzahlungen - Umfang der Gesamtmitteleinrichtung für die Strukturmaßnahmen - Eigenmittel und Haushaltsun 	<p>Kaliningrad</p> <p>Beziehungen EU-NATO (Umsetzung der Bestimmungen von Nizza über die Beteiligung der nicht der EU angehörenden europäischen NATO-Partner)</p> <p>Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien</p> <p>Terroranschlag in Russland</p>		

	Europäisches Parlament - Vorsitz im Rat		gleichgewichte			
KOPENHAGEN 12. und 13. Dezember 2002	Konvent zur Zukunft Europas Erweiterung: - Abschluss der Beitrittsverhandlungen - Zypern - Bulgarien und Rumänien - Türkei - "Das eine Europa" (Gemeinsame Erklärung) Arbeitsweise des Rates	Sicherheit des Seeverkehrs/Meeresverschmutzung Alpenquerender Transitverkehr Melker Abkommen Landwirtschaft	Finanzielle Auswirkungen der Erweiterung	Beziehungen EU: - Westlicher Balkan - Russland - Ukraine - Moldau - Belarus - Länder im südlichen Mittelmeerraum ESVP: - Beziehungen EU-NATO - militärische Operation in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien - Erklärung des Rates (Tagung in Kopenhagen vom 12. Dezember 2002) Nahe Osten/Irak (Erklärung)		
BRÜSSEL 17. Februar 2003 Sondertagung des Rates zur Erörterung der Irak-Krise				Ziel: tatsächliche und vollständige Abrüstung des Irak Mittel: Unterstützung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen; Gewalt als letztes Mittel		
BRÜSSEL 20. und 21. März 2003		Zustimmung zu den vorrangigen Zielen von Lissabon (wissensbasierte Wirtschaft, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Umwelt, sozialer		Beziehungen EU: - Irak - Nahe Osten - Westlicher Balkan - Zypern - Nordkorea		

		Zusammenhalt) Zustimmung zu einer Reihe von Leitlinien und spezifischen Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele				
THESSALONIKI 19. und 20. Juni 2003	Entwurf des Vertrags über die Verfassung des Europäischen Konvents: gute Ausgangsbasis für die Regierungskonferenz Erweiterung Vorsitz der Europäischen Zentralbank: Verfahren zur Ernennung des Präsidenten	Billigung des Entwurfs der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und des Entwurfs der beschäftigungspolitischen Leitlinien Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Frühjahrstagung des Europäischen Rates		Zypern Westlicher Balkan Neue Nachbarstaaten nach der Erweiterung EU-Sicherheitsstrategie ESVP, Einsatzfähigkeit Massenvernichtungswaffen Agentur für den Bereich Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten Beziehungen zur arabischen Welt Partnerschaft Europa-Mittelmeer Vereinigte Staaten Gemeinsame Strategien für Russland bzw. den Mittelmeerraum Kampf gegen HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria Humanitäres Völkerrecht Internationaler Strafgerichtshof Umweltdiplomatie Nahe Osten Irak Iran Nordkorea Timor-Leste Birma	Entwicklung einer gemeinsamen Politik in den Bereichen Asyl und Einwanderung: - Bekämpfung der illegalen Einwanderung - Schutz der Außengrenzen - Rückkehr illegaler Einwanderer - Partnerschaft mit Drittländern - Integration von sich rechtmäßig auf dem Gebiet der EU aufhaltenden Drittstaatsangehörigen	

				Kuba Zentralafrika		
BRÜSSEL 16. und 17. Oktober 2003	Eröffnung der Regierungskonferenz Zentralbank: Ernennung von Jean- Claude Trichet zum Präsidenten der EZB	Wachstumsinitiative: - Investitionen (Transeuropäische Netzwerke, Energieversorgung und Kommunikationsnetze, Humankapital) - Schaffung günstiger Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung (Wettbewerbsfähigkeit, soziale und Umweltdimension) strukturelle Anpassung der portugiesischen Landwirtschaft		WTO "Neue Nachbarschaft" Europa-Mittelmeer- Partnerschaft Nördliche Dimension Moldau Beziehungen zur arabischen Welt Nahe Osten Irak Iran Friedensnobelpreis Kosovo Bolivien Guatemala Region der Großen Seen	Schutz der gemeinsamen Grenzen der Union Überwachung der Migrationsströme Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit	
BRÜSSEL 12. Dezember 2003	Erweiterung: - Neue Mitgliedstaaten - Bulgarien und Rumänien - Türkei - Zypern	Europäische Aktion für Wachstum: - Investitionen (transeuropäische Netze, Innovation, F&E) - Wettbewerbsfähigkeit - Beschäftigung		Außenbeziehungen: - Westliche Balkanstaaten - Europa-Mittelmeer- Partnerschaft - Irak - Terrorismus - Nahost- Friedensprozess - Beziehungen zur arabischen Welt - Transatlantische Beziehungen - Russische Föderation - Ukraine - Lateinamerika und Karibischer Raum - Afrika - Demokratische Volksrepublik Korea - Umweltdiplomatie	Grenzschutz an den gemeinsamen Grenzen der Union Kontrolle der Migrationsströme Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit Dialog zwischen den Religionen	Annahme des ersten Mehrjährigen Strategieprogramms (2004- 1006) Angebot der belgischen Regierung : Résidence- Palace- Gebäude für die Tagungen des Europäischen Rates

				<ul style="list-style-type: none"> - Olympischer Frieden GASP/ESVP: - Sicherheitsstrategie - ESVP - Beziehungen EU-VN 		
BRÜSSEL 25. und 26. Dezember 2004	<p>Ersuchen des Vorsitzes, Vorkehrungen für die Wiederaufnahme der Regierungskonferenz zu treffen</p> <p>Zustimmung zum Verfassungsertrag: Annahme bis spätestens zur Tagung des Europäischen Rates im Juni</p>	<p>Beschleunigung des Lissabon-Prozesses:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Prioritäten: nachhaltiges Wachstum und bessere Arbeitssituation - Aufforderung an die Mitgliedstaaten, Partnerschaften für die Reform aufzubauen - Aufforderungen an die Kommission, eine hochrangige Gruppe unter der Leitung von Wim Kok einzurichten, die bis spätestens bis zum 1. November 2004 einen Bericht vorlegen soll 	Finanzielle Vorausschau 2007-2013	<p>Regeln der Zypern-Frage</p> <p>Internationale Lage:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Naher Osten - Irak - Afghanistan - Serbien und Montenegro/Kosovo - Russland - Côte d'Ivoire 	Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus	Zustimmung zum Vorschlag der belgischen Regierung, Block A des Résidence-Palace-Gebäudes für die Tagungen des Europäischen Rates zu nutzen